

## Wenn die Kommune verschwindet ...

### Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg – einem Hamburger Stadtteil ohne eigene Verwaltung & politische Vertretung

**Manuel Humberg • Michael Rothschuh**

Viel hatte nicht gefehlt, dass vor 50 Jahren der gesamte Wilhelmsburger Westen – und damit die Hälfte des Siedlungsgebietes – der Hafenerweiterung zum Opfer gefallen wäre: Sollte das alte Rathaus der zeitweise unabhängigen Stadt und ehemaligen preußischen Landgemeinde dann vielleicht als Mahnmal inmitten von Lagerhallen und Containern stehen?



Abbildung 1: Wilhelmsburger Rathaus, © Michael Rothschuh

Es waren engagierte Bürger/innen, die nach der verheerenden Flut von 1962 Wilhelmsburg als Wohnort gegen diese Pläne des Hamburger Senats verteidigten. Auch in den Jahrzehnten danach drehen sich die Auseinandersetzungen immer noch – und immer wieder – um gute Lebensbedingungen für diesen von Einwanderung und Armut geprägten Stadtteil. Als eine zwischen Norder- und Süderelbe gelegene 35 km<sup>2</sup> große Flussinsel ist Wilhelmsburg Hafen und Stadt zugleich. Industrieverband, Hafenwirtschaft und Logistikgewerbe markieren die Hafengrenze gegen die Begehrlichkeiten von Stadtentwicklern und Wohnungswirtschaft und reklamieren weitere Flächen und den Ausbau der Infrastruktur für den Schwerlastverkehr.

Ende des letzten Jahrhunderts engagierten sich die Initiativen auch gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und setzten sich für eine positive Stadtteilentwicklung für Alle ein: für die, die schon lange hier leben und für die, die aus vielen Ländern der Welt hierher kommen. »Wir sind keine Deutschen

und Ausländer – wir sind Wilhelmsburger« wurde zu einem bekannten Slogan bei den monatelangen Aktionen gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage.



Abbildung 2: »Wir sind keine Deutsche und Ausländer - Wir sind Wilhelmsburger« – Demo 1994, © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg

Wilhelmsburg hat mit seinen 54.000 Einwohner/innen immer noch sein schönes und stolzes Rathaus, ist aber keine rechtlich und politisch verfasste Kommune mehr – keine Stadt wie Anfang des 20. Jahrhunderts, kein eigener Hamburger Bezirk, wie bei Bezirksreformen immer wieder vorgeschlagen – und es hat auch keine gewählte Ortsvertretung, wie von den »Wilhelmsbürgern« angestrebt.

Welche Einschränkungen, aber auch welche Chancen, ergeben sich daraus für die Bewohner/innen, die die »örtliche Gemeinschaft«, wie die Gemeinde im Grundgesetz genannt wird, gestalten wollen?

## Wilhelmsburg, ein Stadtteil in einem Bundesland ohne Kommunen

Seit 1938, dem Übergang von der preußischen Stadt Harburg-Wilhelmsburg in die Einheitsgemeinde Hamburg gibt es Wilhelmsburg als eigenständiges Gemeinwesen nicht mehr.

Nach der Hamburgischen Verfassung sind staatliche und gemeindliche Tätigkeiten nicht getrennt. Der Senat als Regierung und die Bürgerschaft als Hamburger Parlament nehmen daher sowohl landes- als auch kommunalpolitische Funktionen wahr.

Die sieben Bezirke verfügen lediglich über abgeleitete Befugnisse, der Senat kann nach dem »Evokationsrecht« lokale Angelegenheiten wegen ihrer Bedeutung für die gesamte Stadt an sich ziehen. In den Bezirken werden Bezirksversammlungen gewählt, wahlberechtigt sind hierbei auch EU-Ausländer. Allerdings haben die Bezirksversammlungen eng begrenzte Kompetenzen. Wilhelmsburg ist mit 54.000 Einwohner/innen der Zweitgrößte der 104 Hamburger Stadtteile; die Hafencity beispielsweise hat bis jetzt gerade mal 3.600 Einwohner/innen.



Abbildung 3: Satellitenbild: Wilhelmsburg als Flussinsel zwischen Norder- und Süderelbe im Zentrum Hamburgs, © mit Genehmigung des Landesbetriebs Geoinformation und Vermessung Hamburg

Die Stadtteile haben keine von ihren Bewohner/innen gewählte Vertretungen und seit 2007 auch keine eigenen Ortsämter mehr. Es gibt lediglich Regionalausschüsse als Ausschüsse der Bezirksversammlung und eine/n Regionalbeauftragte/n. Diese/r hat die Aufgabe als Regionalbeauftragte/r mittlerweile nur noch als Ergänzung zu seiner eigentlichen Funktion und besitzt kein Büro mehr vor Ort.

Diese Schwäche der lokalen Ebene ermöglicht dem Hamburger Senat und seinen Fachbehörden einen direkten Zugriff auf die Flächenpotentiale der immer noch relativ dünn besiedelten ehemaligen Landgemeinde in lukrativer zentralstädtischer Lage. Wilhelmsburg konnte so als Hinterhof der Stadt, als Abfallplatz und Flächenreserve für Industrie, Gewerbe und die großen Verkehrsstrassen für die Metropole dienstbar gemacht werden.

Der Widerstand gegen diese zentralistische Fremdbestimmung hatte im Stadtteil ursprünglich noch eine relativ breite Basis. Die geographische Lage als Insel zwischen der Norder- und der Süderelbe und die besondere Geschichte begründeten – vermutlich stärker als in anderen Hamburger Stadtteilen – eine lokale Identität. Träger waren zunächst die zahlreichen Vereine, das Museum der Elbinsel, das im Verkehrs- und Interessenverein organisierte örtliche Bürgertum und ursprünglich auch die Parteien, die sich mehr den Interessen der Menschen vor Ort als den Vorgaben aus den Parteizentralen verbunden fühlten. Mit der »Wilhelmsburger Zeitung« existierte noch ein mediales Sprachrohr. Der von 1961

bis 1977 amtierende Ortsamtsleiter Hermann Westphal agierte mehr wie ein Ortsbürgermeister und verteidigte nach der verheerenden Flut 1962 Wilhelmsburg als Wohnort gegen die geplante Hafenerweiterung.



Abbildung 4: »Geschlossene Front aller Wilhelmsburger« gegen Pläne zur Hafenerweiterung – Hamburger Abendblatt 1963, © Ausschnitt Hamburger Abendblatt

## »Hamburg First« oder Bürgerengagement: Wer entwickelt die Elbinsel Wilhelmsburg?

Wir berichten hier von einzelnen Momenten der Geschichte der jüngeren Wilhelmsburger Geschichte aus der Perspektive von Engagierten, die sich immer wieder in Initiativen, Vereinen und Netzwerken zusammenschließen, um ihre Interessen, ihre Würde und ihr Gemeinwesen zu verteidigen und mit zu gestalten.

Die Bilanz aus dieser Perspektive ist eigentlich eine kleine Sensation: In allen wichtigen Fragen haben sich die Menschen vor Ort mit ihren Vorschlägen letztlich durchgesetzt oder konnten zumindest vernünftige Kompromisse erzielen: Lösungen im Sinne des Gemeinwohls für die ganze Stadt.

### 1975: Einen Kompromiss bei der Güterumgebungsbahn erreicht

1975 gab es Aufruhr wegen einer geplanten Gütertrasse durch den Osten der Elbinsel. Mitten durch das Naturschutzgebiet Heuckenlock sollte sie die Süderelbe queren und über die Norderelbe weiter nach Billwerder geführt werden. Die betroffenen Gemüsebauern verteidigten ihre Existenz und die Wilhelmsburger insgesamt ihre grünen Erholungsgebiete.

Die vereinigten Bürgerinitiativen schlugen als Alternative ein zusätzliches Gütergleis auf der vorhandenen Bahntrasse vor. Alle Beteiligten mussten Kröten schlucken: Wilhelmsburg musste in seiner Mitte noch mehr Lärm hinnehmen, die Bahn hatte Mehrkosten durch komplizierte Brückenbauten.

### 1984: Dioxin am Müllberg – Bürger/innen setzen internationales Symposium durch

Noch bei der Bürgerschaftswahl 1982 hatte die Hamburger SPD auf dem Hügel der geschlossenen Hamburger Deponie für Industrieabfälle in Wilhelmsburger Ortsteil Georgswerder ein einzigartiges Freizeitgelände versprochen – als Kompensation für die jahrelangen Belästigungen. Der Nachweis von Dioxin 1983 im Grundwasser traf die Verwaltung völlig unvorbereitet – für die Anwohner/innen war es ein Albtraum. Wer konnte, haute ab. In den Behörden gab es Überlegungen zur Evakuierung der Elbinsel. Die zuständigen Senatoren (1) folgten einer Einladung der Bürgerinitiativen, um die aufgebrauchte Bevölkerung zu beruhigen.

Beeindruckend war die große Zahl engagierter Bürger/innen und ihre Entschlossenheit, für sich, ihre Kinder und ihren Wohnort zu kämpfen. Der Dioxin-Berg wurde bundesweit zum Skandal, die Wilhelmsburger Ärzteschaft nahm öffentlich gegen die Bagatellisierungen durch die angeblichen Hamburger Dioxin-Experten auf dem Lehrstuhl für Arbeitsmedizin (2) Stellung. Schließlich akzeptierte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi bei einer weiteren großen Bürgerversammlung am 17. Januar 1984 sämtliche Vorschläge der Bürgerinitiativen. Es gab medizinische Beratungen für die Bevölkerung und auf einem Dioxin-Symposium setzten internationale Experten die Standards: Die Firma, die Hauptverursacher der Dioxin-Abfälle war (3), wurde geschlossen; für den Müllberg gab es ein Sanierungskonzept. Heute gilt der Müllberg als Mahnmal und beliebter Aussichtspunkt.

### 1993: Meuterei gegen eine geplante Müllverbrennungsanlage

Dass nach dieser Vorgeschichte ausgerechnet Wilhelmsburg im Jahre 1993 Standort einer Müllverbrennungsanlage (MVA) werden sollte, konnte auch der damalige Umweltsenator (4) den empörten Wilhelmsburgern nicht vermitteln. Sie überreichten ihm auf einer Großveranstaltung im Bürgerhaus einen Katalog mit den zwölf dringendsten Forderungen für eine positive Stadtteilentwicklung und beschlossen Aktionen.



Abbildung 5: »Meuterei« - Veranstaltung am 16. Februar 1994 mit Umweltsenator Fritz Vahrenholt. Das Transparent mit dem Text: »Herr Voscherau, das Boot ist voll, aber mit Problemen« nahm Bezug auf die Aussage von Bürgermeister Voscherau 1993, in Wilhelmsburg sei das Boot voll – gemeint waren »zu viele Ausländer«. Der Wilhelmsburger Protest dagegen organisierte sich ganz bewusst international: Alle Bevölkerungsgruppen gingen gemeinsam und solidarisch auf die Straße., © Ausschnitt Hamburger Abendblatt

Nach mehreren Montagsdemonstrationen und einer gleichzeitigen Blockade aller sieben großen Brücken, die die Elbinsel mit Hamburg verbinden, lenkte der Senat 1994 schließlich ein. In diesen Kämpfen

gegen die MVA schlossen sich zahlreiche Initiativen und Vereine zu einem wirkungsmächtigen FORUM WILHELMSBURG zusammen. Auf mehreren Einwohnerversammlungen wurden Elemente einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie für die vernachlässigte Elbinsel entwickelt. Auf Forderungen, den Ortsausschuss direkt zu wählen und mit einem Stadtteilmanagement wieder mehr Kompetenzen auf der lokalen Ebene zu bündeln, reagierte die seinerzeitige Ortamtsleiterin (5) mit dem Vorwurf, das FORUM wolle ein »Rätesystem« aufbauen: »Die Frage der Macht ist der Kern des Streits«. Stattdessen wurde ein »Beirat für Stadtteilentwicklung« eingerichtet, der Empfehlungen für den Ortsausschuss erarbeiten durfte.



*Abbildung 6: Einwohnerversammlungen (wie diese vom 22. Januar 2009) wurden seit 1994 zur bürgerschaftlichen Meinungs- und Willensbildung durchgeführt: als ein selbstorganisiertes Forum direkter Demokratie. In unregelmäßigen Abständen diskutierten meist mehrere hundert Teilnehmende im großen Saal des Bürgerhauses zentrale Wilhelmsburger Themen, © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg*

## **2000-2013: Der »Sprung über die Elbe«: Bewohner/innen im Dienste der »Positionierung Hamburgs auf der globalen Landkarte«?**

### **2001: Zukunftskonferenz Wilhelmsburg: Neues Leitbild für die Elbinseln**

Auch die Zukunftskonferenz Wilhelmsburg (2001/2002) musste dem Senat erst abgerungen werden. Über Monate übernahmen die Bürgergruppen die Regie, alle Fachbehörden wurden zur konstanten Teilnahme an den Beratungen verpflichtet. Die Zukunftskonferenz erzeugte im Stadtteil selbst nicht die nötige Aufbruchsstimmung, um den Aufstieg der Partei von »Richter Gnadenlos« Ronald Schill zu verhindern. Seine Partei erreichte mit 34 % etwa so viel Stimmen wie die SPD.

### **2005: Memorandum für eine Internationale Bauausstellung Hamburg 2006-2013**

Für die Hamburger Politik dagegen war die Zukunftskonferenz mit dem daraus entstandenen »Weissbuch« der entscheidende Impuls. Der damalige Oberbaudirektor(6) machte den »Sprung über die Elbe« zu seiner Sache und konnte den Senat für die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA), die vor allem in Wilhelmsburg stattfand, gewinnen.

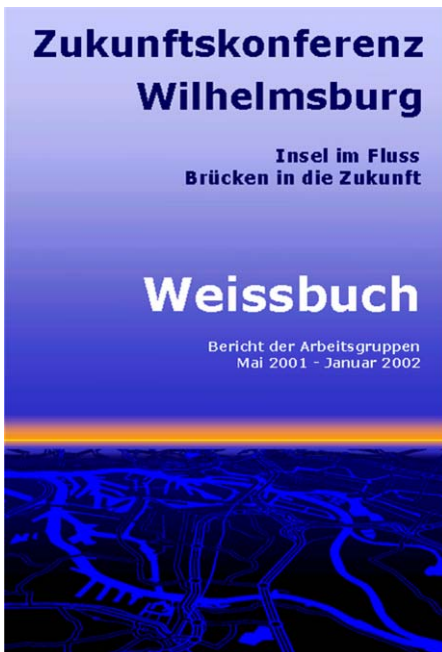


Abbildung 7: Weissbuch, © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg

Scheinbar anknüpfend an das Leitbild der Zukunftskonferenz war 2005 das Memorandum Hamburgs für die geplante Internationale Bauausstellung Hamburg 2006-2013 (IBA):

»Forderungen, die Lebensqualität auf den Elbinseln zu verbessern und die notwendige Modernisierung und Kapazitätssteigerung des Hafens voranzutreiben, sind berechtigt, wenn die Zukunft der Stadt gesichert werden soll. Dies verlangt von allen – den Bewohnern der Elbinseln, den Hamburgern im übrigen Stadtgebiet und der Hafenvirtschaft – neue Sichtweisen im Umgang miteinander. Die Elbinseln dürfen einerseits nicht länger als Verfügungsraum für das »Unliebsame« der Stadt angesehen werden, und sie müssen andererseits ihre neue Rolle als wichtiger Bestandteil für die Positionierung Hamburgs auf der globalen Landkarte annehmen« (Hansestadt Hamburg, 2005, S.22). Dieser Blickwechsel sei notwendig, »wenn Hamburg, die Elbinseln und der Hafen ihre spezifischen Entwicklungschancen im internationalen Wettbewerb der Metropolen wirklich ausschöpfen wollen«.

Die IBA-Jahre bis 2013 waren Stadtentwicklung im »Ausnahmestand«. Ergebnis sind einerseits über 80 interessante Projekte mit teilweise öffentlichem, teilweise privatem Nutzen. Gleichzeitig zeigen andererseits die konstanten Daten zur Armutsentwicklung und die insbesondere eklatant steigenden Mieten, dass eine integrierte Entwicklungsstrategie mehr erfordert als Projekte. Die Kritiker/innen, die eine Gentrifizierung durch die IBA kommen sahen, behielten in vielen Punkten Recht. Beim Versuch, Verkehr und Stadtbau gemeinsam zu entwickeln hat die IBA bei der Hamburger Verkehrsbehörde schnell auf Beton gebissen. Zwei neue Autobahnprojekte kreuz und quer über die Insel standen für diese nicht zur Diskussion. Also ging die IBA beim Verkehr auf Tauchstation. Ihr wurden eigenständige Veranstaltungen dazu untersagt.



Abbildung 8: Sprung über die Elbe, © mit Genehmigung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

## 2009 – und eigentlich immer: Proteste gegen Autobahnen mitten durch den Stadtteil

Der Stadtteil dagegen erlebte Jahre kreativer und kraftvoller Proteste. Die »Engagierten Wilhelmsburger« gingen Woche für Woche mit phantasievollen Aktionen auf die Straße. Zwei Großdemonstrationen veranlassten die zuständige Grüne Senatorin (7) schließlich 2009 in den Dialog. Sie bot einen »kooperativen Beteiligungsprozess« an, nicht aber – selbst zum Verdruss des von ihr bestellten Moderators – auch nur den kleinsten Kompromiss. Später hat sie eingeräumt, dass dieses Verfahren gescheitert sei.

Zwei Jahre später machte der damalige Bezirksamtsleiter (8) einen weiteren Vermittlungsversuch mit einem bezirklichen Beratungsgremium zur Verkehrsplanung. Der dort im Konsens aller Beteiligten erreichte Kompromiss wurde kurz darauf vom Senat kalt abserviert.



Abbildung 9: 2000 demonstrieren gegen die drohende »Autobahnisierung« der Elbinsel mit 2 weiteren Autobahnprojekten. © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg

Seit diesen beiden Beteiligungsverfahren genießt »Bürgerbeteiligung« in Wilhelmsburg einen zweifelhaften Ruf.

## 2013ff: »Beteiligung« zur Beschaffung von Akzeptanz der staatlich festgelegten Planung

Nach dem Abschluss der IBA 2013 wollen Senat und Bezirk Hamburg-Mitte auf der Elbinsel mit weiteren Bau- und Verkehrsprojekten so richtig loslegen. Man hat viel vor in den nächsten Jahren. Widerspruch von lokalen Gremien ist nicht mehr zu erwarten. Nur die selbstbewussten Bürgergruppen könnten kritische Fragen stellen oder gar die Prüfung von Alternativen einfordern. »Beteiligung« an der Behördenplanung kann aus ihrer Sicht wertvolle Zeit und Geld sparen. Der Bezirk findet dafür einen neuen Partner:



Die Geschäftsführung der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg hat eine Arbeitsgruppe für »ko-kreative Entwicklungsplanung« eingerichtet. Mit dem Format »Perspektiven! Miteinander Planen für die Elbinseln« bietet sie ihre Dienste für Bürgerbeteiligung an den anstehenden Prozessen in Wilhelmsburg an.

Der Vorteil: Das Bürgerhaus ist seit Jahrzehnten ein anerkanntes sozio-kulturelles Zentrum für alle Bevölkerungsgruppen und leistet z.B. mit dem Musikfestival »48-Stunden Wilhelmsburg« einen hervorragenden Beitrag für das »community building« in Wilhelmsburg.

Das Problem: Als Einrichtung ist das Bürgerhaus einer Stadtentwicklung verpflichtet, die dem Wohlergehen aller Menschen in Wilhelmsburg dienen soll. Sie gerät in einen Rollenkonflikt, wenn sie im Auftrag der Hamburger Verwaltung »Beteiligung« für im Stadtteil hochgradig umstrittene Projekte organisiert. Insbesondere dann, wenn die Rahmenbedingungen weitgehend feststehen und eigentlich nur noch das »Wie« der Planung zur Debatte steht. Dies widerspricht den Grundsätzen guter Bürgerbeteiligung, die frühzeitig stattfinden soll, zu einem Zeitpunkt zu dem alle Optionen noch offen sind und Alternativen zur Verwaltungsplanung noch eine reelle Chance haben.

#### **2014: Beteiligung am Rahmenkonzept des Senats für den »Sprung über die Elbe 2013+«**

Für die Rahmenplanung des Senats nach der IBA 2013 erhält das Bürgerhaus mit »Perspektiven!« den Auftrag, die Bürgerbeteiligung zu organisieren, verbunden mit der Zusage einer umfassenden Berücksichtigung in der geplanten Senatsdrucksache. Über einige Monate werden in mehreren Themengruppen Positionen und Forderungen aus dem Stadtteil zusammengetragen und in einem »Ergebnisbericht« den Auftraggebern übergeben. Eine öffentliche Debatte zu umstrittenen Fragen fand nicht statt. Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass sich in der Behördenabstimmung die Positionen von Hafengewirtschaft und Verkehrsbehörde vollständig durchgesetzt haben, während bei den umstrittenen Themen zum Wohnungsbau (Was, wo und für wen soll gebaut werden?), beim Naturerhalt und vor allem den Verkehrsthemen die Wünsche und Forderungen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger keinen Eingang in das Senatspapier gefunden haben.

Aus Protest gegen dieses Vorgehen hatte ein breites Bündnis Wilhelmsburger Initiativen für Ende 2014 noch eine öffentliche Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss der Bürgerschaft durchgesetzt. In über 30 Redebeiträgen wurden die Vorschläge und Forderungen aus dem Stadtteil, um den es in diesem Senatsbeschluss geht, vorgetragen. Eine umfassende Dokumentation dazu findet sich in den Literaturhinweisen.

Auswirkungen auf die Beschlussfassung hatten all diese Bemühungen nicht. Gleichwohl wird immer wieder auf eine angeblich umfassende Bürgerbeteiligung bei der Rahmenplanung für die Entwicklung der nächsten Jahre verwiesen.

#### **2017ff: »Perspektiven!« organisiert Bürgerbeteiligung für die durch Wilhelmsburg geplante Stadtautobahn A26-Ost**

Während alle Pläne für Stadtautobahnen in Hamburg nördlich der Elbe bereits in den 70er Jahren endgültig beerdigt wurden, hält der Senat an der Idee einer Autobahn quer über die Elbinsel Wilhelmsburg unvermindert fest. Sie wurde damit Symbol der Ausgrenzung eines ganzen Stadtteils. Seit Jahrzehnten

gibt es dagegen breiten Widerstand. 2017 ist es dem Senat gelungen, die Autobahn als »A26-Ost« in den vordringlichen Bedarf in den Bundesverkehrswegeplan durchzusetzen.

Während Initiativen im Stadtteil, der Beirat für Stadtteilentwicklung und der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg mit anderen Stadtteilen und Naturschutzverbänden mit einem breiten »Bündnis Verkehrs-wende« versuchen Alternativen aufzuzeigen und mit über 1300 Einwendungen die Planfeststellung zu stoppen geht das Bürgerhaus / »Perspektiven!« eine Geschäftsbeziehung mit der DEGES GmbH (die mit der Autobahnplanung betraut ist) ein und betreibt seit 2017 ein »umfassendes Beteiligungsverfahren«.

Hier wird »Bürgerbeteiligung« zur Akzeptanzbeschaffung im Auftrag des Vorhabenträgers missbraucht!

Dennoch ist zwischen offizieller »Beteiligung« und dem freien Bürgerengagement eine widersprüchliche Dynamik entstanden, in der auch überraschende Teilerfolge wie eine längere Tunnellung möglich erscheinen. Dieses müsste an anderer Stelle ausführlicher dargestellt werden.



### Entwicklung der »örtlichen Gemeinschaft« im Vakuum einer nicht vorhandenen verfassten Kommune

Die Bürgerbewegungen in Wilhelmsburg – bestehend aus unterschiedlichen Gruppen, Netzwerken und Projekten – haben versucht, ein Vakuum zu füllen, das durch das Verschwinden der Kommune Wilhelmsburg entstand. Es ging ihnen einerseits darum, Benachteiligungen und Zumutungen von außen abzuwenden und dadurch die Lebensbedingungen für die Menschen im Stadtteil zu verbessern.

Abbildung 10: Eines von über 100 Konzerten bei »48 Stunden Wilhelmsburg 2018«, © Liesel Amelingmeyer

Zum anderen war das Ziel, in diesen Auseinandersetzungen eine neue Stadtteilidentität aller Bevölkerungsgruppen herauszubilden: Natürlich gibt es in einem seit über hundert Jahren durch Einwanderung geprägten Stadtteil große Herausforderungen. Aber es gibt auch gemeinsame Interessen: Internationalität als Stärke und eine selbstbewusste und erfolgreiche örtliche Gemeinschaft als Grundlage für gelingende Integration.

In die Aktivitäten der Initiativen und Vereine sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen und ausreichend eingebunden. Aber bei großen gemeinsamen Aktionen,



Abbildung 11: Türkische Trommler bei der Karnevalsdemo, © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg

Kultur- oder Stadtteilstunden sind dann doch alle dabei: So beim Protest-Karnevalsumzug »Sprung über die Elbe – wir sind schon da!«, bei den Spreehafenfesten, mit denen über 10 Jahre für den Abbau des Zollzaunes am Spreehafen gestritten wurde oder dem jährlichen Musikfestival »48 Stunden Wilhelmsburg«.



*Abbildung 12: Nach zehn Jahren Kampf für freien Zugang zum Wasser ist es endlich so weit: 2010 schneiden Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk, Bezirksamtsleiter Markus Schreiber und Manuel Humburg vom Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg gemeinsam ein erstes Loch in den Zollzaun., © Fotoarchiv Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg*

So hat auch die Aufnahme von etwa 2500 Geflüchteten im Jahr 2015 nicht zu wirklichen Problemen in Wilhelmsburg geführt. »Die Insel hilft« war das Motto mit dem einer der ärmsten Hamburger Stadtteile eine beachtete Kultur des Willkommens praktiziert hat.

### Drei Thesen als Ausblick

- 1. Warum müssen Hamburger Stadtteile in der Größe von Wilhelmsburg, Altona oder Wandsbek weniger kommunale Selbstverwaltungsrechte haben als beispielsweise Buxtehude oder Lüneburg, oder die direkt an den Stadtstaat angrenzenden Gemeinden Pinneberg, Norderstedt oder Ahrensburg?  
Das besondere politische Gebilde »Einheitsgemeinde Hamburg« muss einer Prüfung unterzogen werden. Art. 28 GG verankert die Trennung von staatlicher und gemeindlicher Tätigkeit. Warum sollen nicht auch in Hamburg Gemeinden das Recht haben, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln?  
Die Umsetzung scheiterte bisher, auch wenn es programmatisch immer wieder gefordert wurde. Als Beispiel ein Zitat von Ole von Beust, aus seiner Zeit als Erster Bürgermeister in einer Grundsatzrede 2003:  
»Eine zweistufige Verwaltung, mit klarer Kompetenzabgrenzung zwischen dem, was örtliche Aufgabe ist, und dem, was gesamtstädtische Aufgabe ist, wäre effektiver, bürgernäher, transparenter und letztlich auch demokratischer, weil die Abläufe kontrollierbarer wären. Was spricht eigentlich gegen eine einheitliche kommunale Ebene, die nicht mehr wie bisher aus sieben Bezirken und 20 Ortsämtern, sondern, um Bürgernähe zu gewährleisten, lediglich aus, sagen wir, 15 bis 17 Bezirken

besteht? Einheitlichkeit der kommunalen Interessenwahrnehmung und Einheitlichkeit der gesamtstaatlichen Wahrnehmung, so müsste eine kontrollierbare und effektive Verwaltung in Hamburg organisiert werden.«

- 2. »Ein integratives Entwicklungskonzept für Wilhelmsburg, das insbesondere die stadträumlichen, baulichen, wirtschaftlichen, landschaftlichen und sozialen Probleme und Perspektiven mit einbezieht«. Dies war der Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 8.12.2000 zum Start der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg.  
Im Weißbuch der Zukunftskonferenz haben die beteiligten Bürgerinnen und Bürger die Grundlinien dafür aufgezeigt und bis zu umsetzungsreifen Maßnahmen konkretisiert. Ein »integratives Entwicklungskonzept« gibt es aber bis heute nicht. Natürlich müsste es um den Bereich Bildung ergänzt werden sowie um ein Gesamtverkehrskonzept und neue Flächennutzungspläne.  
Zwar wurden beim »Sprung über die Elbe« viele Millionen in zahlreiche Einzelprojekte investiert. Gleichwohl zeigen die aktuellen Sozialdaten sowie die vielen offenen Fragen bei Wohnungsbau, Naturerhalt und zur Verkehrsinfrastruktur wie sehr es an einer Gesamtstrategie für den Stadtteil fehlt.
- 3. Es ist wieder Zeit für ein »FORUM Wilhelmsburg« als einem effektiven Netzwerk der zahlreichen Initiativen und Vereine im Stadtteil, in dem sie ihre Aktivitäten koordinieren und ihre Forderungen bündeln. So können engagierte Bürgerinnen und Bürger wieder zu Dialogpartner/innen auf Augenhöhe für Politik und Verwaltung werden, um gemeinsam die Zukunft der örtlichen Gemeinschaft zu gestalten.

## Anmerkungen

---

- (1) Jörg Kuhbier und Wolfgang Curilla
- (2) Prof. G. Lehnert und Prof. D. Szadkowski
- (3) Firma Boehringer, Hamburg-Moorfleet
- (4) Fritz Vahrenholt
- (5) Heike Severin
- (6) Prof. Jörn Walter
- (7) Anja Hajduk, im Schwarz/Grünen Senat zuständig für Stadtentwicklung und Verkehr
- (8) Andy Grote, heute Innensenator in Hamburg

## Literatur

- Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (Hg.) (2013): Unternehmen Wilhelmsburg. Stadtentwicklung im Zeichen von IBA und igs. Hamburg: Assoziation A.
- Beust, Ole von: Grundsatzrede als Erster Bürgermeister vor dem Überseeclub 2003 : <http://www.ueberseeclub.de/resources/Server/pdf-Dateien/2000-2004/vortrag-2003-09-22.pdf>
- Bündnis Verkehrswende Hamburg: [www.buendnis-verkehrswende.net](http://www.buendnis-verkehrswende.net)
- Hansestadt Hamburg, 2005: Sprung über die Elbe, Hamburg auf dem Weg zur Internationalen Bauausstellung IBA 2013, [https://www.iba-hamburg.de/fileadmin/Die\\_IBA-Story\\_post2013/051030\\_sprung\\_ueber\\_die\\_elbe.pdf](https://www.iba-hamburg.de/fileadmin/Die_IBA-Story_post2013/051030_sprung_ueber_die_elbe.pdf)
- IBA Hamburg, (Hg.) 2010: Zukunftsperspektiven für die Elbinsel Wilhelmsburg, Projekte der IBA Hamburg und aktuelle Entwicklungen der Elbinsel auf dem Prüfstand der Zukunftskonferenz 2001 / 2002, Texte zum IBA FORUM 2010: Halbzeitbilanz am 26. Oktober 2010, [https://www.iba-hamburg.de/fileadmin/contentdateien/Fachtagungen/FORUM/2010/101022\\_zukunftsperspektiven.pdf](https://www.iba-hamburg.de/fileadmin/contentdateien/Fachtagungen/FORUM/2010/101022_zukunftsperspektiven.pdf)
- Rahmenkonzept »Sprung über die Elbe 2013+« - Öffentliche Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss: <https://zukunft-elbinsel.de/anhoerung-rahmenkonzept-wilhelmsburg-2013/>
- Roggenbuck, Christian E. (2012): Quartiersentwicklung zwischen städtebaulichen Visionen und der »Raumbezogenen Identität« der Bewohner - Die Internationale Bauausstellung Hamburg und das Reiherstiegviertel in Wilhelmsburg: Hamburg, Institut für Geographie, unveröffentlichte Diplomarbeit.
- Rothschuh, Michael (2010): Community Organizing, in: Sektion Gemeinwesenarbeit in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (2010): Gemeinwesenarbeit. Deutschland - Schweiz - Österreich. Video. Wien u. a.: <https://www.youtube.com/watch?v=xs4W1AQIm4E>
- Rothschuh, Michael (2012): Wie ein schwacher Stadtteil stark wird, Die Macht der Selbstorganisation – Community Organizing in Hamburg-Wilhelmsburg, <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/community-organizing/beispiele-aus-der-praxis/wie-ein-schwacher-stadtteil-stark-wird/>
- Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg: Perspektiven! Miteinander planen für die Elbinsel, <http://buewi.de/aktivitaeten/perspektiven/start>
- Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg: [www.zukunft-elbinsel.de](http://www.zukunft-elbinsel.de)
- Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. (Hg.) (2012): Eine starke Insel mitten in der Stadt: Bürger-Engagement in Wilhelmsburg und auf der Veddel als Motor der Stadtteilentwicklung. Hamburg.

- Zukunftskonferenz Wilhelmsburg (Hg.) (2002): Weissbuch. Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft. Bericht der Arbeitsgruppen Mai 2001-Januar 2002. Hamburg, <https://zukunft-elbinsel.de/wp-content/uploads/2013/08/weissbuch.pdf>
- 48 Stunden Wilhelmsburg-Musik von den Elbinseln, <http://musikvondenelbinseln.de/48h>  
[https://www.youtube.com/watch?v=-jaJI\\_pR4YI](https://www.youtube.com/watch?v=-jaJI_pR4YI)

## Autoren

---

**Michael Rothschuh**, 1945 geboren, pensionierter Prof. an der HAWK Hildesheim mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Gemeinwesenarbeit und Community Organizing, Vorstandsmitglied in Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V., lebt aktiv seit 2006 in Hamburg-Wilhelmsburg

**Manuel Humburg**, Jahrgang 1947, lebt und arbeitet in Wilhelmsburg seit 1975, Hausarzt in Ruhestand, Mitbegründer des FORUM Wilhelmsburg 1994, Mitinitiator der Zukunftskonferenz 2001 und Mitglied im Vorstand von Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

### Kontakt:

Manuel Humburg

E-Mail: [manuel@humburg-hamburg.de](mailto:manuel@humburg-hamburg.de)

Michael Rothschuh

E-Mail: [michael@rothschuh.de](mailto:michael@rothschuh.de)

## Redaktion eNewsletter

---

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: [newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de](mailto:newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de)